

NACHGEFRAGT

„Ein gutes Zeichen, wenn der Oberbürgermeister bei einer Demonstration vornwegmarschiert“



Seit 2006 ist der promovierte Theologe Albrecht Schröter Oberbürgermeister von Jena. In der 110.000-Einwohner-Stadt gibt es relativ wenig gravierende Probleme mit Rechtsradikalen. Über die Stimmung in der Stadt, die Zivilgesellschaft und präventive Politik sprach Martin Herceg von der neuen caritas mit dem Stadtoberhaupt.

Was war für Sie das schlimmste rechtsradikale Ereignis, das Sie erlebt haben?

Das ist nicht leicht zu beantworten. Mich hat natürlich ein persönlicher Angriff auf mein Haus erschüttert. An die Hauswand wurden Sätze gesprüht wie „Wanted dead or alive“. Da merkt man dann, dass man unter Umständen seinen Mut auch persönlich bezahlen muss. Ansonsten hat mich ein Nazi-Aufmarsch am 9. November in Jena erschüttert, der die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, eben gerade jüdische Menschen, beleidigt und verletzt hat.

Wie gehen Sie mit rechten Strömungen in Ihrer Stadt um?

Wir haben wenig wirkliche Nazis. Leider stammen die drei als NSU-Keimzelle bekannt gewordenen Täter von hier. Anfang der 90er-Jahre gab es eine starke rechtsradikale Szene. Sie hat sich deutlich reduziert. Es gibt natürlich Menschen mit rechtspopulistischen Einstellungen. Aber wir haben auch eine sehr starke Zivilgesellschaft, einen „Runden Tisch für Demokratie“, ein städtisches Programm gegen Fremdenfeindlichkeit und eine eigene Beratungsstelle. Über alle Parteien hinweg herrscht hier Konsens im Stadtrat und wir arbeiten gegen Nazis gut zusammen, vor allem bei Gegendemonstrationen. Wir setzen uns auch intensiv mit der Vergangenheit auseinander. Beispielsweise haben wir uns mit der Frage beschäftigt, was Anfang der 90er-Jahre schiefgelaufen ist, dass so extreme Radikalisierungen wie beim NSU passieren konnten.

Welchen Tipp haben Sie, wenn Amtskollegen solchen Konfrontationen ausgesetzt sind?

Ganz wichtig ist eine gute Zusammenarbeit zwischen der Führung einer Stadt und der Zivilgesellschaft. Da darf man keine

Berührungsängste haben. Es ist immer ein gutes Zeichen, wenn der Oberbürgermeister vornwegmarschiert bei einer Demonstration, gemeinsam mit Vertretern anderer Parteien und den Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Ein Bürgermeister sollte tatsächlich inhaltlich vorangehen, seiner Bevölkerung zeigen: Wir stehen an eurer Seite und wir dulden kein braunes Gedankengut. Nichts ist schlimmer, als wenn sich die Zivilgesellschaft zerstreitet – dann lachen sich die Nazis ins Fäustchen.

Worauf führen Sie zurück, dass es in Jena relativ wenige Nazis gibt?

Unsere Stadt ist ein starker Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort. Fachkräfte aus allen Teilen der Welt sind für Jena sehr wichtig. Darüber hinaus bietet die Friedrich-Schiller-Universität Jena schon seit längerer Zeit gute Bedingungen für Studierende aus Ländern außerhalb Europas. Die Bevölkerung Jenas ist damit schon vor dem großem Zuzug in den letzten Jahren an ein internationales Flair herangeführt worden. Ausländerfeindlichen Resentiments war damit schon größtenteils der Boden entzogen. Ich will nicht sagen, wir wären hier komplett von rechtsradikalen Tendenzen verschont. Das Klima in der Bevölkerung ist aber sehr offen. Eine aktuelle Studie zeigt zum Beispiel auf, dass über 90 Prozent der ausländischen Studenten die Bedingungen in Jena als sehr gut empfinden. Darauf bin ich unendlich stolz.

Wie begegnen die Jenaer Flüchtlingen? Hat sich die „Willkommenskultur“ in jüngster Vergangenheit verändert? Falls ja, was unternimmt die Stadt gegen fremdenfeindliche Stimmung?

Das Interesse von vielen Freiwilligen, Neuankömmlingen zu helfen, ist ungebrochen. Viele geben zum Beispiel Menschen aus Afghanistan Deutschunterricht, die in Jena geborenen Vierlinge einer albanischen Flüchtlingsfamilie werden weiterhin liebevoll von einer Gruppe aus Winzerla betreut, Hilfsangebote aus der Bevölkerung sind stets präsent. Nun haben sich die Problemlagen natürlich geändert: Die Neubürger müssen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Manchen geht das alles nicht schnell genug. Gelingweilte Jugendliche sind immer in Gefahr, Grenzen auszuloten und diese auch zu überschreiten. Da wird bei Menschen aus „dem Ausland“ eben schneller geurteilt und auch verurteilt. Wir reagieren mit intensivierter und vorbeugender Jugendsozialarbeit sowie enger Absprache mit der Polizei.